Nitrat-Alarm im Wasser

EU watscht Deutschland wegen Untätigkeit ab, aber: Neue Düngeverordnung in Sicht

BRÜSSEL/BERLIN • Das Grundwasser in Deutschland ist stark mit Nitraten belastet, vielerorts ist die Trinkwasserqualität gefährdet. Grund dafür ist vor allem die Dünger-intensive Landwirtschaft. Jetzt macht die EU Druck auf Deutschland, damit das Problem endlich entschärft wird. Tatsächlich ist eine Lösung in Sicht: Nach Auskunft des Bundesumweltministeriums soll das Düngen auf deutschen Feldern ab Mitte nächsten Jahres neu reglementiert werden.

Das Nitrat-Problem ist seit Jahren bekannt – und seit Jahren scheitert der Versuch der Bundesregierung, die deutsche Düngeverordnung zu verschärfen, am Widerstand der Agrarlobby. Mittlerweile, so rechnet der WDR vor, habe Deutschland nach Malta die höchste Nitrat-Verschmutzung des Grundwassers innerhalb der EU. In

NRW könne deshalb bereits aus rund 40 Prozent aller Grundwasservorkommen ohne entsprechende Aufbereitung kein Trinkwasser mehr gewonnen werden. Recherchen des WDR hätten ergeben, dass auch mehrere Tausend Hausbrunnen in NRW den EU-Grenzwert von 50 mg Nitrat pro Liter überschreiten und deshalb nur noch eingeschränkt genutzt werden können.

Jetzt wurde die EU-Kommission aktiv und bereitet laut WDR das zweite Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland in dieser Sache vor – ein hohes Bußgeld droht. Brüssel wirft der Bundesregierung schriftlich vor, dass Deutschland das Nitrat-Problem seit Jahren kenne, jedoch "keine weiteren Maßnahmen zur Bekämpfung diffuser Verschmutzungen durch Nitrate aus landwirt-

Risiko Nitrat

Nitrate sind Salze und Ester der Salpetersäure (HNO₂). Sie werden von fast allen Pflanzen benötigt um Eiweiße (Aminosäuren) herzustellen, weshalb man sie in vielen Düngemitteln findet. Ursache der hohen Nitrat-Belastung in Boden und Grundwasser sind vor allem Gülle und Gärreste aus landwirtschaftlichen Quellen. In der EU gilt für Grund- und Trinkwasser ein Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter, die WHO empfiehlt 20 mg/L. Bei Säuglingen kann Nitrat zu "Blausucht" und zum Erstickungstod führen.

schaftlichen Quellen getroffen hat". Nur knapp zehn Prozent aller "Wasserkörper" in Deutschland befänden sich in einem "guten Zustand".

Im Bundesumweltministerium in Berlin wollte man sich zu der EU-Watsche gestern nicht äußern. Ein Sprecher verwies aber darauf, dass Ministerin Barbara Hendricks (SPD) angesichts des "drän-Umweltproblems" immer wieder im CSU-geführten Landwirtschaftsministerium auf eine Änderung der Düngeverordnung gepocht habe. Jetzt sei endlich eine Lösung greifbar. Beide Ministerien hätten sich "weitgehend geeinigt". Nun prüfe das Justizministerium den Entwurf, der Mitte nächsten Iahres in Kraft treten solle.

Dann soll der Einsatz von Düngemittel und Gülle reduziert und besser kontrolliert werden. Auch die NRW-Landesregierung will Anfang nächsten Jahres ein neues Landeswassergesetz vorlegen, das zur Verringerung der Nitratbelastung im Wasser führen soll. • eb/hd/vor

→ Politik